



Letzte Sitzung der Kommission für die neue Ausserrhoder Kantonsverfassung

Jetzt ist die Politik an der Reihe

An ihrer 19. Sitzung hat die vom Regierungsrat eingesetzte 30-köpfige Kommission zur Vorbereitung einer neuen Kantonsverfassung ihre im November 2018 begonnene Arbeit beendet. In den letzten Sitzungen ging es noch darum, die Ergebnisse der Vernehmlassung, die 123 Eingaben ergab, zu würdigen und allenfalls Ergänzungen an den 144 Artikeln vorzunehmen. Substanzuelle Änderungen gab es dabei kaum mehr.

Die Schlussitzung im Mehrzweckgebäude Waldstatt dauerte denn auch nur gut eine Stunde. Das anschliessend geplante gemeinsame Nachtessen wurde wegen der steigenden Corona-Zahlen auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch wenn eine gewisse Sitzungsmüdigkeit in der letzten „Staffel“ der Bereinigungsarbeit festzustellen war, gab es immer noch Mitglieder, die sehr genau hinschauten und kleinere Ungenauigkeiten in den vorgelegten Papieren monierten, was die Akribie und den Eifer, mit der man in den insgesamt 19 Plenarsitzungen zu Werke ging, nochmals unterstrich.

Es ging bei den Traktanden vorab noch um Textvarianten, die das Verfassungssekretariat zu drei Artikeln vorgelegt hatte. Diese wurden denn auch klar dem ursprünglichen Text vorgezogen. Am umstrittensten war der Artikel „Natur und Heimatschutz“, dessen Überschrift das Sekretariat mit dem Begriff Biodiversität ergänzt hatte. Eine Minderheit war mit der Betitelung zwar auch einverstanden, wollte aber im Artikeltext trotzdem den Begriff wiederholen und präzisieren, weil der Rückgang der Artenvielfalt eine der grössten Herausforderungen der Zukunft sei.

Positive Rückmeldungen

Kommissionspräsident Paul Signer nutzte die Diskussion zum Schlussbericht der Kommission, von den Teilnehmenden einzeln Rückmeldungen einzufordern, auch über das Vorgehen, damit bei einer nächsten Revision, die in gut 20 Jahren wieder aktuell werden könnte, entsprechende Konsequenzen gezogen werden können. Einhelliges Echo war, dass die Kommissionsarbeit als „spannend und lehrreich“ bewertet wurde. Niemand hätte rückblickend auf diese positive Erfahrung verzichten wollen. Speziell gerühmt wurden die vom Sekretariat ausgearbeiteten Themenblätter als Grundlage für die ersten Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Überhaupt wurde die juristische Begleitung sowie die Sitzungsleitung durch Regierungsrat Paul Signer anerkennend gelobt und verdankt. Speziell gerühmt wurde auch die Zusammensetzung der Kommission unter dem Aspekt nicht nur politische Vertreter, sondern möglichst alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen einzubeziehen. Es wurde gar angeregt, dieses Vorgehen als Modell auch auf andere „wichtige und grosse Vorhaben“ anzuwenden.

Letzte Phase eher mühsam

Auch einige eher negativ empfundene Punkte kamen zur Sprache. So wurde die zuletzt zu leistende Arbeit nach Abschluss der Vernehmlassung als wenig fruchtbar und eher bemüht kritisiert. Auch den zu erwartenden als „gewaltig“ empfundenen Zeitaufwand sollte man zu Beginn klarer zu kommunizieren versuchen. Als störend wurde zudem empfunden, dass man das politische Resultat zum Thema Gemeindefusionen, wo eine Abstimmung zu einer Initiative bevorsteht, noch nicht kannte und so noch keine Konsequenzen für die entsprechenden Verfassungsbereiche einbeziehen konnte. Jemand meinte überdies, die finanziellen Konsequenzen, die einzelne Artikel hätten, seien völlig ausgeklammert worden.



Rückblick in Zahlen und Fakten

Einen Eindruck, welche grosse Arbeit die nach über drei Jahren konstant zusammengesetzte 30-köpfige Verfassungskommission geleistet hat, finden sich in einem Schlussbericht, den das Verfassungssekretariat für die Schlussitzung vorlegte.

Danach wurden in den Jahren 2018/19 insgesamt 30 Sitzungen der drei Arbeitsgruppen geleistet, was gegen 95 Stunden entspricht. Als Resultat konnten 38 vom Sekretariat vorbereitete Themenpapiere zuhanden des Plenums verabschiedet werden. Jedes steckte den übergeordneten Rahmen ab, nahm einen Rechtsvergleich vor, stellte Argumente dafür und dagegen zusammen und enthielt schliesslich Anträge der Arbeitsgruppen, nachdem darüber abgestimmt worden war.

An sieben Plenumssitzungen im Monatsrhythmus wurden auf dieser Grundlage ab dem 25. April 2019 insgesamt mehr als 200 Richtungsentscheide über die Ausgestaltung des Verfassungsentwurfs verabschiedet. Aufgrund dessen erarbeitete das Sekretariat einen ersten Verfassungsentwurf aus. In der Folge war wieder die Kommission am Zug, die das Papier an fünf Sitzungen diskutierte, diverse Änderungen vornahm und ihren Entwurf samt den Erläuterungen einstimmig verabschiedete. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 13 Sitzungen mit über 40 Sitzungsstunden abgehalten, zu denen sechs weitere mit mehr als 10 Sitzungsstunden dazu kamen, um das Ergebnis der inzwischen durchgeführten Vernehmlassung zu würdigen, die 123 Eingaben mit insgesamt 200 Seiten umfasste.

Der Gesamtumfang der Themenpapiere belief sich auf 444 Seiten, die Protokolle der Plenumssitzungen umfassen rund 150 Seiten. Zu den Sitzungen und zur Lektüre kamen private Recherchen oder die Vorbereitung individueller Voten und Anträge hinzu. Wahrlich eine Mammutaufgabe für eine Gruppe Freiwilliger und das professionelle Sekretariat, ergänzt mit Verwaltungsjuristen. (hps)

Herisau, 17. Dezember 2021 / Hanspeter Strebel

Hanspeter Strebel erstellt im Auftrag des Kantons Appenzell Ausserrhoden jeweils Berichte der Plenumssitzungen der Verfassungskommission. Hanspeter Strebel arbeitet zu diesem Thema exklusiv für den Kanton. Die Berichte stehen allen Interessierten, insbesondere den Medien, zum Abdruck, zur Wiedergabe oder zur Weiterverarbeitung unter Namensnennung zur Verfügung (z.B. Autor: Hanspeter Strebel, im Auftrag Kanton Appenzell Ausserrhoden).